

NDR Info Das Forum (18.05.2017)

Mit Arbeit in die Armutsfalle -

Geringverdiener haben wenig Aussicht auf eine ausreichende Rente

Feature von: Walter F. Mayr

O-Ton 1, Ursula Marsch:

„Ich war 15 Jahre alt, als ich anfang zu lernen, ein 15 jähriges Mädchen“.

Klangimpuls

O-Ton 2, Ursula Marsch:

„Gelernt hab ich Verkäuferin, dann habe ich im Büro gearbeitet, dann hab' ich in einer Arztpraxis gearbeitet, dann, als ich älter wurde, an der Tankstelle als KassiererIn, als Laborfahrerin. Ich hab' ein gutes Leben geführt“.

Klangimpuls

O-Ton 3, Ursula Marsch:

„Ich hab immer gearbeitet, ich hab immer gute Jobs gehabt, aber eben nicht genug verdient, um eine ausreichende Rente zu bekommen.“

Sprecher:

Was Ursula Marsch, eine Mitsechzigerin aus der Stadt Heide an der Nordseeküste, über sich, ihren beruflichen Lebensweg und die Erwartungen an ihren bevorstehenden Renteneintritt berichtet, ist eine Erfahrung, die sie mit vielen Menschen ihres Alters teilt. Es ist der Blick in ein Leben mit minimaler Rente, mit jährlichen Bittgängen zur Sozialbehörde, Antrag auf Grundsicherung, Kontenkontrolle.

O-Ton 4, Ursula Marsch:

„Da geh ich voll in die Altersarmut, ich hab meinen Rentenbescheid bekommen und ich werde nur die Grundsicherung erreichen.“

Finanziell weiß man, auf was man sich einzustellen hat - also, das wird ja gar nicht gehen ohne Mietzuschuss.“

Klangimpuls

Sprecherin:

Um etwas Gelassenheit beim Blick in ihre Zukunft mit einer Klein-Rente musste Frau Marsch zunächst einmal kämpfen. Obwohl sie Jahrzehnte Beiträge in Sozialkassen eingezahlt hat...

O-Ton 5, Ursula Marsch:

„45 Jahre!“

Sprecherin:

...obwohl sie also 45 Jahre in die Kassen einzahlte, hat ihr der Sozialstaat jetzt, nachdem sie vor dem Renteneintritt arbeitslos wurde, sogleich die Zähne gezeigt und ihr eine Kürzung beim Mietzuschuss angekündigt:

O-Ton 6, Ursula Marsch:

„Entweder müsse ich ausziehen, oder man kürzt mir die Miete.“

Sprecher:

Die Kosten für ihre kleine Mansardenwohnung seien zu hoch. 410 Euro Warmmiete! das gehe nicht, es sei ja eine Option, bei der Stadt Heide um eine Schlichtwohnung für sozial Bedürftige anzusuchen.

Klangimpuls

O-Ton 7, Ursula Marsch:

(unter Tränen) „Ich steh das durch, ich lass mich nicht unterkriegen.“

O-Ton 8, Günter Holm, SoVD:

„Ja, (da) macht das Amt Probleme, durch die Unangemessenheit der Höhe der Mietkosten. Iss´ einfach so. Naja, die müssen nicht ausziehen, aber es steht immer so in dem Bescheid da drin: Wir fordern Sie auf, die Wohnung zu wechseln, sich etwas Günstigeres zu suchen. Derjenige wird dann nicht unbedingt ausziehen, weil er vielleicht schon 20, 30, 40 Jahre in dieser Wohnung wohnt, er spart sich dann das Essen vom Mund ab und sagt sich: ok., davon bezahle ich die Miete.“

Sprecherin:

Günter Holm ist Leiter des Büros des Sozialverbandes in Deutschland in der Kreisstadt Heide. Er kennt die Enttäuschung, die viele der Ratsuchenden empfinden, wenn sie bei ihm erfahren, wie strikt und eng die Regeln sind, nach denen Geringverdiener im Alter ihr Leben einzurichten haben. Wie es ist, wenn z.B. die Miete für einen Alleinlebenden über den 280 bis 350 Euro liegt, die je nach Gemeinde als angemessen akzeptiert und erstattet werden. Liegt der Betrag darüber, kann nur am Essen gespart werden.

O-Ton 9, GünterHolm, SoVD:

„Das spar ich mir von den 409 Euro Regelbedarf als Haushaltsvorstand ab und bezahl dann die restlichen 50 Euro Miete davon. Dann hab ich jetzt nicht mehr 409 Euro, sondern 359 Euro zum Leben.“

O-Ton 10, Ursula Marsch:

„Also ich war schon erschüttert, dass die Tafel da so in Anspruch genommen werden muss und viele Menschen nicht ausreichend leben können davon. Dass man im Alter nicht ausreichend versorgt ist, das ist schon - schon schlimm“.

Sprecherin:

Wenn Menschen, die ihr Leben lang zum Mindestlohn arbeiten, zu Günter Holm kommen, um zu sehen, wie hoch ihre zukünftige Rente sein wird, dann weiß er genau, welche entmutigenden Zahlen die Rechnung ergeben wird. Er weiß, dass bei Beschäftigung nach diesen Regeln jedes Jahr Arbeit mit 15 Euro

23 Cent zur späteren monatlichen Versorgungssumme beiträgt.

O-Ton 11, GünterHolm, SoVD:

„15 Euro 23, mal 45 Arbeitsjahre, ohne Pause, ohne Urlaub, ohne Alles, das sind 685 Euro Bruttorente. Es würde die Krankenversicherung runtergehen, das sind im Moment ja 11;1 %, Pflegeversicherung und der Zusatzbeitrag für die Krankenversicherung, damit die Direktoren auch ihr Gehalt kriegen können, sag ich mal etwas ketzerisch, dann sind das 609 Euro Netto.“

Musikakkord

O-Ton 12, Dr. Dierk Hirschel, Ökonom bei Ver.di:

„Nicht zum Sozialamt muss jemand, der 42 000 (Euro) verdient, 40 Jahre gearbeitet hat, der würde dann bei einem Rentenniveau von 43% bei 1100 Euro landen, wär' dann etwa im Vergleich zum heutigen Grundsicherungsniveau 300 Euro drüber.“

Sprecher:

Dierk Hirschel, Doktor der Ökonomie und wissenschaftlicher Beobachter des Wirtschaftsgeschehens bei der Gewerkschaftszentrale von Ver.di in Berlin, gibt einen Ausblick auf die Verhältnisse, wie sie bei den derzeitigen Regelungen im Jahre 2030 zu erwarten sind.

O-Ton 13, Dr. Dierk Hirschel, Ökonom bei Ver.di:

„Wenn man sich vor Augen führt, dass 50%, also jeder zweite sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, monatlich unter 2500 Euro verdient, dann kann man (sich) ungefähr ausmalen, was da an Altersarmut auf uns zukommt. Jeder zweite Beschäftigte in Deutschland verdient unter 2500 Euro Brutto, da ist jetzt schon absehbar, dass all diejenigen, die nicht auf die 45 Jahre Beitragszahlung kommen, dass die mit hoher Wahrscheinlichkeit später zum Sozialamt müssen. Das heißt, wir reden über die Gefahr millionenfacher Altersarmut in naher und ferner Zukunft, und wir reden über eine Größenordnung von zehn bis fünfzehn Millionen Menschen, die zum Sozialamt müssen, wenn sich an der Rentenpolitik nichts ändert.“

(Klangimpuls)

(14) (O-Ton 13 weiter oder evtl. O-Ton 13 a)

Wir haben ja heute schon das Problem, dass die offiziellen Zahlen zwar 3% Altersarmut ausweisen, die faktische Altersarmut aber viel größer ist, weil die Schätzungen sagen, dass bis zu 2/3 der Anspruchsberechtigten gar nicht zum Sozialamt gehen! Weil sie nicht die Hosen herunter lassen wollen! Weil sie das als demütigend empfinden, wenn sie ihr Leben lang gearbeitet haben und plötzlich auf Sozialhilfe angewiesen sind! Das heißt, diese Menschen gehen nicht zum Sozialamt, sind aber trotzdem arm und werden in der Statistik nicht erfasst. Die heißt heute ist bereits die faktische Altersarmut deutlich höher als die statistisch ausgewiesene.“

Sprecherin:

Von der Ära Adenauer bis zu Willi Brandt hatten Sozialpolitiker zäh um jene Fortschritte in der Gesetzgebung gekämpft, mit denen das Elend winziger Rentenbezüge schließlich eingedämmt wurde. Es war Konsens der alten Bundesrepublik, eine nicht auskömmliche Altersversorgung zu verbessern.

Das galt bis zum 21. Oktober 1993; da fiel in der Regierungserklärung Helmut Kohls mit dem Schmähwort „Freizeitpark Deutschland“ und: „Wir sind schlicht zu teuer geworden“, der Startschuss zu einer lang angelegten Kampagne. Das Ziel war nichts weniger als eine Umlenkung der Finanzströme.

(15) O-Ton 14, Prof. Camille Logeay:

„Wir hatten eine schlechte Entwicklung in Deutschland. Schlechte Arbeitsmarktzahlen, hohe Arbeitslosigkeit, nicht unbedingt (eine) sehr gute Perspektive. Also, wir hatten natürlich einen Druck in der Finanzierungsseite.“

Sprecher:

So Wirtschaftsprofessorin Camille Logeay, (Sprich: Logei) von der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin.

In den folgenden Jahren drängte ein wissenschaftliches, politisches und publizistisches Dauerfeuer alle sozial orientierten Kräfte im gesellschaftlichen Diskurs in die Defensive. Folgte man diesen, mit großer

Überzeugung vorgetragener Stimmen, waren Arbeits-, Sozial-, Renten- und Gesundheitskosten zu hoch.

Unisono malten die Spitzen der Wirtschaftsverbände ein düsteres Bild vom „kranken Mann Europas“, sahen den „Standort Deutschland“ als potentiellen Absteiger. In stetig wiederholten Alarmmeldungen schilderten wirtschaftsnaher Blätter die als zu niedrig bewerteten ausländischen Investitionen in hiesige Industrien und meinten, viel zu wenige deutsche Unternehmen würden von ausländischen Geldanlegern aufgekauft.

(16) O-Ton 15, Prof. Camille Logeay:

„Das wurde immer wieder empfohlen, dass man Arbeitsmärkte dereguliert, dass man die Macht der Gewerkschaften zumindest schwächt, und das ist auch passiert zum Teil; dass man einen Niedriglohnsektor schafft, dass man eine bestimmte Form von Arbeitsverträgen schafft, die dann enttarifiziert möglich waren. Das ist von der Politik gewollt, war wissenschaftlich auch begleitet, und vielleicht hat sich die Politik sehr - sicher hat sich die Politik davon beeinflussen lassen.“

Sprecherin:

Im Jahr 2003 war es dann soweit. Ausgerechnet eine von Sozialdemokraten geführte Regierung beschloss mit der Agenda 2010 den Umbau des Sozialstaates mit massiven Einschränkungen bei Sozialleistungen, aber auch in der Rentenfinanzierung. Die Renten, die zu diesem Zeitpunkt eine weitgehende Sicherung vor Altersarmut garantierten, wurden in der Perspektive drastisch gekürzt und um Elemente des sozialen Ausgleichs beraubt.

Sprecher:

Es galt z.B. bis zu den Reformen eine Regel, die nach 35 Beitragsjahren die Rente eines Geringverdieners antragslos aufwertete.

Es wurde dann ein Betrag ausbezahlt, der immer etwas über der damaligen Sozialhilfe lag. Diesen sozialen Ansatz beseitigte die Agenda 2010.

Auf den ersten Blick erscheint die Maßnahme wie ein unbedeutendes Detail, bedeutet aber, dass seither Geringverdiener im Alter massiv

schlechter gestellt sind.

Sprecherin:

Zusätzlich wurde ein Teil der Rente privatisiert und der freiwilligen Finanzplanung des Einzelnen, aber auch den Tücken des Geldmarktes überlassen.

Rund drei Prozent von seinem Gehalt, so der Gedanke, solle jeder Lohn-abhängig-Beschäftigte in eine eigene, wie beispielsweise die sogenannte Riester-Rente investieren und so einen von Solidarleistungen unabhängigen Rentenstock aufbauen.

Nur damit sei die Herausforderung des demographischen Wandels, der wachsende Anteil von Rentenbeziehern unter den Bundesbürgern, finanziell zu stemmen.

Sprecher:

Im politischen Gefüge der Bundesrepublik löste dieser Paradigmen-wechsel einen andauernden Schock aus. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass sich danach weite Teile der Bevölkerung mit ihren Interessen politisch nicht mehr angemessen vertreten fühlten.

(17) O-Ton 16, Ursula Marsch:

„Ich war jahrelang SPD-Wählerin, eigentlich immer. Aber die wähl ich nicht mehr. Seit der Agenda 2010 wähl ich keine SPD mehr. Und ich weiß auch jetzt nicht, wen ich wählen soll.“

(18) O-Ton 17, Prof. Camille Logeay:

„Also ich muss sie auch ein bisschen, nicht unbedingt in Schutz nehmen - aber es war schon sehr stark ein Diskurs gegen Gewerkschaften. Ich kann das beobachten von der wissenschaftlichen Seite. Die OECD Publikationen sind da sehr beeindruckend.“

Sprecher:

Die Berliner Wirtschaftsprofessorin Camille Logeay hat diesen sozialpolitischen

Umbruch in Deutschland genau betrachtet. Sie hat vor allem die Entwicklung des Rentensystems in Deutschland und Österreich analysiert.

(19) O-Ton 18, Prof. Camille Logeay: ,

„Zurück zur Rente, da war auch der Diskurs von der wissenschaftlichen Seite, dass man dem demographischen Wandel nur und am besten begegnen kann, wenn man umsteigt auf Privatisierung. Das war auch der Glaube. Ich will auch nicht sagen, dass alle nur böse waren und unter dem Einfluss der...“

Sprecherin:

An dieser Stelle zögert Professorin Logeay für einen Augenblick, als lauere hier ein Ungeheuer, dessen Name nicht genannt werden dürfe...

Sprecher:

...der Finanzmärkte!

O-Ton 19, Prof. Camille Logeay:

„...unter Einfluss sicherlich, vielleicht war da aber auch die Überzeugung, dass demographischer Wandel nur über ein Kapitaldeckungsverfahren zu lösen ist. Ich glaube, es war die Zeit! Das ist, was man beobachtet in den Schriften der späten 90er, Anfang der 2000er Jahre.“

O-Ton 20, Dr. Dierk Hirschel:

„Diese Demographiedebatte ist eine ideologisch geprägte Debatte, die letzten Endes dazu dient, die Arbeitgeber aus ihrer Verpflichtung der Absicherung des Altersrisikos herauszunehmen...“

Blende.. metallischer Akkord

Beitragshöhe ist jetzt der zentrale Bezugspunkt, nicht mehr die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung, und das führt dann im Ergebnis dazu, dass man auch Altersarmut in Kauf nimmt, dass man in Kauf nimmt, dass die Rente nicht mehr lebensstandardsichernd ist.

Blende.. metallischer Akkord

Das war nach Adenauer anders. Die Adenauer-Reform hat ja dazu geführt, dass die zentralen Ziele der gesetzlichen Rentenversicherung Armutsverhinderung und Lebensstandardsicherung waren. Und das hat lange Zeit funktioniert.“

Sprecherin:

So Dierk Hirschel, Ökonom bei der Gewerkschaft Ver.di.

Sprecher:

Sechzehn Jahre nach den Rot-Grünen Umbauarbeiten, die sich nur unter Schmerzen als Reformen bezeichnen lassen, sind die Folgen nicht mehr schön zu reden.

Altersarmut ist auf dem Wege, in Deutschland ein Massenphänomen zu werden. Die als Fortschritt angepriesene private Altersvorsorge hat sich als Schimäre erwiesen; mit der unschönen Eigenschaft, Probleme nur dort zu lösen, wo sie nicht drängend sind.

Sprecherin:

Denn derzeit ist es der gut verdienende Facharbeiter, womöglich in einer Doppelverdienerehe, der genügend freie Ressourcen einsetzen kann und auch einsetzt, um eine nennenswerte Rentenaufstockung zu erzielen.

Zum Glück wird er darauf nicht zwingend angewiesen sein, denn seine Berufsgruppe ist über eine Betriebsrente sehr oft noch zusätzlich und großzügig versorgt.

Sprecher:

Anders als sein Kollege, der Geringverdiener, der im günstigen Falle und unter Entbehrungen einiges Geld soeben noch abzweigen konnte. Er wird feststellen, sollte er an seinem Lebensabend doch die Grundsicherung benötigen, dass ein kühler Gesetzgeber ihm die Riester-Rente ungerührt auf die kümmerliche staatliche Not-Absicherung

anrechnet und ihn genauso den Gängen zum Sozialamt und zur Tafel überlässt, als habe er nicht versucht vorzusorgen.

Disharmonischer Akkord

Sprecherin:

Wobei die Statistik eine weitere Grausamkeit bereit hält. Die Tabellen belegen, dass die Bezieher kleiner Renten im Schnitt deutlich früher sterben als jene, denen der Lebenslauf eine auskömmliche Rente eingebracht hat.

Laut Robert-Koch-Institut liegen etwa zehn Jahre Lebenserwartung zwischen beiden Gruppen.

Sprecher:

Zum Beispiel wurden Singles-Gruppen des Jahres 2013 mit einer Rente in Höhe von 980 Euro verglichen mit Ruheständlern, die monatliche 2450 Euro erwarten konnten.

Den 70,1 Jahren Lebenserwartung der ersten Gruppe standen 80,9 Jahre der besser versorgten Gruppe gegenüber. Nur etwas geringer fiel die Differenz bei den weiblichen Vergleichspersonen aus.

Ein Resultat, das doppelt schockiert, weil daraus zu folgern ist, dass die Bezieher kleiner Renten durch ihren früheren Tod die üppigen Bezüge der glücklicheren Vergleichsgruppe erst ermöglichen.

Sprecherin:

Und doch geht es anders. Im Norden, Westen und Süden; von Island über Irland, Dänemark, Holland, Frankreich, der Schweiz bis Österreich, machen es die Nachbarstaaten Deutschland vor, wie bei entsprechendem Willen Regelungen möglich sind, die bei kleinen Renten von vornherein einen Sozialausgleich vorsehen. Dort sieht man keinen Sinn darin, große Gruppen der älteren Bevölkerung als Bittsteller zu demütigen. Man will nicht, dass sie mittels einer eisernen Gesetzgebung um ihre kleine Wohnung bangen

müssen, und man will auch nicht, dass sie vom sozialen und kulturellen Leben gänzlich ausgeschlossen sind.

O-Ton 21, Ursula Marsch:

„Man zieht sich doch mehr zurück aus der Gesellschaft. Das ist so, man geht nicht in Vereine, oder... Es ist einfach so, ich leb ein bisschen zurückgezogen...“

Sprecherin:

Tatsächlich hat man den Eindruck, dass in unseren Nachbarländern bei allen finanziellen Zwängen immer auch ein Gedanke in der Gesetzesgestaltung wesentlich berücksichtigt wurde: wir wollen die Würde unserer alten Menschen respektieren.

Sprecherin:

Wie dieses Ziel im Renten-System der Schweiz seinen Niederschlag fand, beschreibt der Finanzexperte Hermann-Josef Tenhagen. Denn dort wurde, nach mehreren Volksabstimmungen, die Renten-Erhebungsbasis umfassender angelegt.

O-Ton 22, Hermann-Josef Tenhagen:

„In der Schweiz ist das so, dass Rennfahrer, Stars und Sternchen und Banker, bis zum letzten Euro ihres Einkommens, also auch wenn man eine Million verdient, weiter Rentenbeiträge einzahlen und dass daraus eine Grundrente bezahlt wird, die im Augenblick bei 1350 Franken (im Augenblick) liegt und dass diese gesetzliche Rente maximal 2500 Franken beträgt.“

Sprecherin:

Diese erste Säule des Systems, neben zwei zusätzlichen, gesetzlich geförderten Altersvorsorgestrategien, ist obligatorisch für alle erwerbstätigen Bürger, die in der Schweiz leben oder arbeiten. Sehr klug ist dabei die Regel, auch nicht erwerbstätige Ehepartner in die Beitragspflicht einzubeziehen. Ein ausgetüftelter Modus sorgt dafür, dass die anfallenden Versicherungssummen für Familien bezahlbar bleiben. So ist es möglich, auch den Frauen, die ihre

Arbeitsleistung mit der Pflege von Angehörigen oder in Kinderbetreuung erbringen, einen eigenen Versicherungsanspruch zu garantieren.

Sprecher:

Wie sehr dieses System auf einen Solidarausgleich innerhalb der Gesellschaft hin orientiert ist, mögen zwei Zahlen illustrieren: Frauen leisten 34% der Einzahlungen, sind aber zu 57% die Bezieherinnen der Leistungen. Damit ist ein Weg aufgezeigt, wie die unverzichtbaren gesellschaftlichen Leistungen von Frauen in einem Sozialsystem schließlich doch anerkannt werden.

Klangimpuls

Sprecherin:

Österreich, das in seinem Renten-System dem deutschen sehr ähnlich war, hat sich im Jahr 2007 entschieden, in Zukunft einen anderen Weg zu gehen.

Auch hier kannte man das „Äquivalenzprinzip“ - eine Regel, die Menschen, die in ihrem Leben die schlechter bezahlten Arbeiten erledigt haben, im Alter mit der Wucht eines Urteils des Jüngsten Gerichtes mit Kleinstrenten bestraft: Jeder darf nur das ausbezahlt bekommen, was er in seinem Arbeitsleben einzahlen konnte. Hat er wenig verdient, bekommt er das im Alter noch einmal vorgerechnet - und steht nun mit einer nicht auskömmlichen Rente da.

Sprecher:

Als sich in Österreich am Beginn des neuen Jahrtausends die Probleme des demographischen Wandels abzeichneten, stand auch hier eine Rentenreform zur Debatte. Nach heftigem Widerstand der Arbeitnehmervertretungen entschied die politische Führung, vom deutschen Modell mit dem Äquivalenzprinzip Abstand zu nehmen.

Man wolle „kein zweites Harz IV“ schaffen, lautete die Vorgabe des Kanzlers aus dem Amt am Ballhausplatz.

Stattdessen wurde eine ganz andere Richtgröße gesetzt: die Norm der

Mindestsicherung. Zuallererst geht es nun um die Sicherung der Lebensführung von Rentnern. Diese Regelung wirkt sich heute so aus, dass nach einem Arbeitsleben mit 30 Beitragsjahren im Jahr 2017 niemand mehr mit einer Rentensumme unterhalb von 1000.- Euro in die Altersruhe geht. Das ist derzeit die Höhe der Mindestrente, die 14 Mal im Jahr ausgezahlt wird.

Der absurde Verwaltungsaufwand, die demütigende jährliche Kontenkontrolle, das Versteckspiel, wenn Kinder den Eltern doch einmal etwas Geld zukommen lassen möchten, bleibt Österreichs Rentnern damit erspart.

Sprecherin:

In Berlin hingegen wurde im vergangenen Herbst eine im Koalitionsvertrag getroffene Übereinkunft, in dieser Legislaturperiode Rentnern mit mindestens 40 Jahren Berufstätigkeit eine Mindestrente knapp über der Grundsicherung zuzusprechen, still und ohne öffentliches Echo fallengelassen.

Es schien, als würde es einfach niemanden wirklich interessieren.

Geld war, wie wir vor kurzem in Nachrichten über den großen Haushaltsüberschuss der öffentlichen Kassen gelernt haben, schon da. Es fehlte aber am politischen Willen.

O-Ton 23, Ursula Marsch:

„ Die ist beerdigt? Das ist mir nicht bekannt. Da stirbt wieder eine Hoffnung “

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.